

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Erscheint nach Bedarf,
voraussichtlich
jeden Montag

Abonnementspreis pro Quartal 75 Pf.

Postzeitungsnummer 1657.

Vorstände und Vertrauensleute der Gewerkschaften erhalten das Blatt gratis.

Redaktion und Verlag:

E. Legien,
Marktstraße Nr. 15, II.
Hamburg 6.

Der Streik der österreichischen Bergarbeiter.

Der Streik der Bergarbeiter in Oesterreich dauert nicht nur fort, sondern hat noch erheblich an Ausdehnung gewonnen. Es befinden sich gegenwärtig 70 000 Mann im Ausstande. Die Verhandlungen vor dem Einigungsamte sind am 12. Februar abgebrochen worden, ohne daß Aussicht vorhanden wäre, daß es in nächster Zeit zu erneuten Verhandlungen kommt. Die von den Unternehmern gemachten Zugeständnisse wurden von den Arbeitern als unzureichend bezeichnet. Besonders gilt dies von der Zusage einer zwölfprozentigen Lohnerhöhung. Die Arbeiter haben die Erfahrung gemacht, daß solche Zusagen ohne die Festsetzung eines Minimallohnes nur Scheinzugeständnisse sind.

Werden ihnen auch vielleicht in den ersten Wochen nach solchen Versprechungen einige Pfennige mehr Lohn gezahlt, so hört dies doch bald auf, weil die Unternehmer es bei der Akkordarbeit in der Hand haben, den Lohn ganz nach Belieben zu berechnen. Deswegen fordern die Arbeiter die Bestimmung eines festen Lohnes. Wie weit sie den Unternehmern dabei entgegen kommen, zeigt die Erklärung, welche sie dieser Forderung geben. Es heißt darüber:

„Die Forderung des Minimallohnes bedeutet nicht, daß für Arbeiter im Gedinge ein bestimmter, von der Leistung des Arbeiters unabhängiger Minimalverdienst garantiert werden muß, sondern daß das Gedinge so bemessen werden muß, daß der Durchschnittsarbeiter einen bestimmten Verdienst pro Schicht zu erreichen im Stande sei.

Dieser Minimallohn beträgt für Häuer 4 Kronen, für Hundeförderer 3 Kronen, für die Schlepper 1 Krone 80 Heller.“

Selbst unter dieser Begründung lehnten die Grubenbesitzer die Lohnregulierung ebenso bestimmt ab wie die Einführung der Achtstundenschicht.

Welche Machtstellung dieses überaus kapitalfräftige Unternehmertum in der bürgerlichen Gesellschaft einnimmt, zeigt sich daran, daß die Herren auf den Wunsch und den Willen der Regierung einfach pfeifen. Nicht nur die Masse des österreichischen Volkes, sondern auch die Regierung steht auf Seiten der Streikenden, wenn letztere es auch nicht hindert, daß von den unteren Behörden Gewaltthaten gegen die Arbeiter ausgeübt werden.

Selbst die Drohung der Regierung, noch im Laufe des Jahres dem Parlament einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Achtstundenschicht gesetzlich festgelegt werden soll, schreckt diese Unternehmer nicht. Sie mögen damit rechnen, daß Versprechen von Regierungen, deren Vertreter in kürzester Zeit wechseln, in Oesterreich ebenso wenig Bedeutung haben, als in anderen Ländern, und sie mögen sich bewußt sein, daß sie es sind, welche das Staatsruder lenken, oder wenigstens bestimmen, wie es gelenkt werden soll.

Die ungeheuerlichen Folgen, welche diese Haltung der Unternehmer für die Wohlfahrt des ganzen Volkes und für die Volkswirtschaft schon gehabt hat und in noch weit stärkerem Maße haben muß, kümmern diese Leute nicht, wenn es gilt, den Arbeitern zu zeigen, daß sie einfach Dem zu folgen haben, was die Unternehmer zu bestimmen für gut finden.

Für die österreichische Arbeiterbewegung ist der Streik von eminenter Bedeutung. Bis vor kurzer Zeit waren alle Bemühungen vergeblich, die Bergarbeiter für die allgemeine Arbeiterbewegung und für die Organisationen zu gewinnen, erst in den letzten zwei Jahren gelang es durch intensivste Agitation, zirka 8000 Bergleute gewerkschaftlich zu organisieren. Die Wirkung dieser Organisationsarbeit zeigt sich in dem Streik selbst. Bisher waren sämtliche Bergarbeiterstreiks jeder Organisation entbehrende Proteste gegen die rücksichtslose Ausbeutung.

Schon bald nach Beginn der Arbeitseinstellungen kam es zu Zusammenstößen mit den öffentlichen Gewalten und zu Blutergießen. In diesem Streik sehen wir nicht nur einen Einheitswillen zu Tage treten, sondern die Streikenden bewahren eine Ruhe, die bewunderungswürdig ist, obgleich es an Provokationen nicht mangelt. Wenn z. B. in Klado ein Versammlungsredner verhaftet und gefesselt in provokatorischer Weise durch die versammelten 11 000 Bergarbeiter geführt wurde, so gehört ein großes Maß von Selbstbeherrschung der Arbeiter dazu, daß es nicht zu Ausschreitungen kommt.

Diese Ruhe und Selbstbeherrschung der Streikenden einerseits, andererseits ihre über alles Maß erhobene Genügsamkeit in Bezug auf die Unter-

Jahresberichte örtlicher Gewerkschaftskartelle für 1898—1899.

Gera.

In zehn Sitzungen wurde die im Statut vorgeschriebene Arbeit erledigt; außerdem fanden zehn öffentliche Versammlungen statt, in sieben davon, welche zu gleicher Zeit tagten, wurde die Zuchthausvorlage behandelt, ferner je eine mit der Tagesordnung: Das neue Handwerkergesetz, die Aussperrung der Arbeiter in Dänemark, der proletarische Klassenkampf und seine Ursachen.

Von den hier beschäftigten Arbeitern sind organisiert und im Kartell durch Delegirte vertreten:

Bau-, Erd-, Hülfсарbeiter	500	—	116
Böttcher	30	—	14
Brauer	155	—	90
Buchbinder	53	—	21
Buchdrucker	108	—	100
Dachdecker	70	—	35
Glasler	60	—	32
Handels- und Verkehrsarbeiter	500	—	48
Holzarbeiter	780	—	156
Kupferschmiede	12	—	8
Lederarbeiter	155	—	36
Maler	200	—	50
Maurer	700	—	350
Metallarbeiter	850	—	279
Müller	60	—	34
Musterzeichner	160	—	110
Porzellanarbeiter	68	—	23
Schneider	150	—	56
Schuhmacher	50	—	19
Steindrucker, Lithographen	45	—	30
Steinseher	20	—	10
Stoffateure	27	—	18
Tabakarbeiter	200	—	60
Textilarbeiter	12000	—	1066
Töpfer	35	—	25
Zimmerleute	300	—	80

Vorstehende Statistik wurde im Monat Mai aufgenommen, inzwischen haben einige Organisationen an Mitgliedern gewonnen, dagegen ist die Organisation der Handels- und Transportarbeiter wieder eingegangen, und die Textilarbeiter

haben infolge der Beitragserhöhung 150 Mitglieder verloren. Im verfloßenen Jahre sind Kartell beigetreten: Musterzeichner, Bau-, Hülfсарbeiter, Handels- und Transportarbeiter und Schuhmacher. Von den hier stattgehabten Streiks endeten zu Gunsten der Arbeiter die Brauer (Wiedereinstellung eines Gemafregelten Lederarbeiter (10 pSt. Lohnzulage und 10stündige Arbeitszeit) und Stoffateure (Anerkennung früher mit dem Unternehmer abgeschlossenen Kartelltrages); zu Ungunsten der Arbeiter verlief Streik in der Metallwaarenfabrik Kühn (Aktien-Gesellschaft), wo wegen Maßregelung die Arbeiter niedergelegt wurde, und bei Fahr, wo eine Aussperrung wegen des Leipziger Formerstreiks stattfand.

Flugblätter sind verbreitet worden im Hinblick auf Errichtung eines Arbeitersekretariats und Bekämpfung der Zuchthausvorlage. Wegen Bewilligung der Mittel konnte zur Errichtung geplanten Arbeitersekretariats noch nicht geschritten werden, doch soll, sobald den Gewerkschaften größeres Etablisement zur Benutzung gebührt in demselben vorläufig ein Auskunftsbureau richtet werden. Herberge und Arbeitsnachweise sollen dann ebenfalls eine bessere Regelung erfahren. Von den Broschüren: „Koalitionsregeln“ (Mag Schippel) und „Protokoll vom Frankfurter Gewerkschaftskongress“, welche zum Selbstkostenpreis abgegeben wurden, betrug der Umsatz 300 bei 250 Exemplare. Das „Correspondenzblatt“ wird jedem Kartellvertreter gratis zugestellt.

Der Beschwerdekommision ist kein Material für den Fabrikinspektor unterbreitet worden, daß ein Bericht nicht gegeben werden kann. Ein an den Stadtrath zu Gera eingereichte Beschwerdeschrift wegen Schließung der Ausgangsthüren der Textilbetrieben während der Arbeitszeit abschlägig beschieden worden, „denn die Schlüssel zu den Thüren seien leicht erreichbar vorhanden.“

Bei den Wahlen der Vertreter für den Vorstand und die Generalversammlungen der Krankenkassen sind die auf der Kartellliste Verzeichneten gewählt worden.

Situationsbericht.

Am 1. d. Mts. wurde der Streik der Formstecher nach 13 resp. 16 Wochen langer Dauer in Köln durch Uebereinkunft beendet. In erster Linie sprechen wir der deutschen Arbeiterschaft, sowie unseren ausländischen Kollegen für die thatkräftige Hilfe, welche sie uns zu Theil haben werden lassen, unseren Dank aus. Nur mit Hilfe der Arbeiterschaft war es uns möglich, einigermaßen bessere Zustände zu erkämpfen. Die Formstecher werden sich der zu Theil gewordenen Unterstützung würdig zeigen und in jeder Beziehung ihre Pflicht erfüllen. Sind nun auch die Forderungen, wie sie gestellt worden sind, nicht alle bewilligt, so können wir doch mit dem Erreichten zufrieden sein. Erreicht wurde ein Minimallohn von M. 18, ein Jahr nach der Lehre M. 19,50, zwei Jahre nach der Lehre M. 21. Der Lohn sämtlicher Formstecher wird sofort um 12½ pSt. erhöht, am 1. April werden weitere 2½ pSt. zugelegt, so daß mit dem 1. April aus den 12½ pSt. 15 pSt. werden.

Die Arbeitszeit bleibt wie bisher zehn Stunden. Für jede zweite und weitere Ueberstunde werden 25 pSt. Zuschlag bezahlt. Eine Frühstückspause wurde leider nicht errungen, und müssen die Formstecher ihre Mahlzeit weiter während der Arbeit einnehmen. Auch über die Lehrlingsfrage ist noch keine Einigung erzielt worden.

Es ist somit ein schwerer Kampf zum Theile der Arbeiter abgeschlossen, und Allen, welche uns in diesem Kampfe unterstützt haben, sagen wir nochmals unseren Dank.

Der Vorstand und Ausschuss
des Zentralvereins der Formstecher
und Hülfсарbeiter Deutschlands.

J. A.: A. Zeiß.

In der Schuhwaarenfabrik von Munkholm in Helsingfors (Finland) wurden sämtliche Arbeiter ausgesperrt. Es wird dringend gebeten, den Bezug fern zu halten.

Organisationen in den Ver. Staaten empfiehlt, Schritte zu thun, den Stimmgabel, als politisches Machtmittel, im Sinne der von der Plattform der Federation verkündeten Prinzipien in unabhängiger Weise zur Anwendung zu bringen.

Genosse Hayes hielt eine Ansprache, in welcher er auf die Nothwendigkeit unabhängiger politischer Aktion hinwies. Unter Anderem erläuterte er dies an dem großen Straßenbahnstreik in Cleveland, welcher verloren ging, obwohl 95 Prozent der Bevölkerung auf Seiten der Streikenden standen, weil die 5 Prozent der Bahn-Monopolisten die Machtmittel in Händen hatten. Er führte auch den Erlaß zahlreicher Gerichtsbefehle gegen die organisirten Arbeiter an, welche es bewirkten, daß viele Streiks und Boykotts der Arbeiter erfolglos blieben, wiederum, weil die Gerichte und Exekutiv-Behörden willige Werkzeuge der Kapitalisten seien. Es sei durchaus nöthig, rief Genosse Hayes aus, daß die Arbeiter nicht nur 364 Tage im Jahre, sondern auch am 365., am Wahltag, zusammenhielten, statt, gegen ihre eigenen Klasseninteressen, politische Werkzeuge der Kapitalisten in die öffentlichen Aemter zu wählen.

Ferner wies Genosse Hayes darauf hin, daß eine Finanzkrise sich nähere, denn die Fachorgane der Kapitalisten in Boston und Newyork hätten ihre Leser bereits aufgefordert, ihre Kapitalien zurückzuziehen, weil binnen Jahresfrist ein großer Finanzkrach zu erwarten sei. Nun aber wisse jeder intelligente Arbeiter, daß mit Finanzkrisen stets ein Rückgang der Gewerkschaftsbewegung Hand in Hand gehe, und gerade deshalb sollten die Gewerkschaftler jetzt endlich zur politischen Aktion schreiten, denn sobald die Arbeiter die Machtmittel des Staates ergriffen hätten, werde es keine Finanzkrisen mehr geben.

Nur ein Delegat sprach gegen die Resolution, ohne irgendwie neue Gesichtspunkte vorzubringen, und dann erfolgte die Abstimmung mit Ja und Nein. Der Vorsitzende, W. J. McGuire, kündigte an, das Substitut des Comité's sei angenommen, und einen Antrag der sozialistischen Delegaten, über die Resolution durch Namensaufruf abstimmen zu lassen, wies McGuire mit dem Bemerkten zurück, er hätte vor der Verkündigung des Resultates der Abstimmung gestellt werden müssen.

Weit besser und von größerem Verständniß der Sachlage zeugend war die Stellung der Convention gegenüber den Trusts, die Präsident Gompers in seiner Jahresbotschaft sehr treffend und eingehend geschildert hatte. Das betreffende Comité berichtete darüber:

Unter der Ueberschrift Das konzentrierte Kapital, Trusts, macht der Präsident sehr zeitgemäße und zutreffende Bemerkungen und Guer Comité ist einverstanden mit seiner Ansicht, daß der Trust seitens der Arbeiterbewegung als die natürliche Frucht der scharfen Konkurrenz im Geschäftsleben betrachtet werden sollte. Der schlimmen Wirkung des konzentrierten Kapitals gegenüber müssen wir uns völlig bewußt sein, daß der Staat durch Gesetzgebung gegen dieses sogenannte „wachsende Uebel“ nichts ausrichten kann. Es ist daher offenbar die Aufgabe des Staates und ebenso der Arbeiterbewegung, diese Situation aufzufassen und die Sache zu behandeln als ein natürliches Entwicklungsprodukt.

Der Trust ist eine industrielle Krankheit, die nur gemildert und endlich geheilt werden kann durch Mittel, die dem Nährboden unserer industriellen Verhältnisse entstammen. Das sind die Arbeiterorganisationen, befreit von allen die Koalition beschränkenden Gesetzen, mit voller Freiheit, ihre natürlichen Waffen zu gebrauchen. Mit der wohlwollenden und ernstlichen Unterstützung aller Derjenigen, denen die industrielle Freiheit am Herzen liegt, werden wir diesem Uebel entgegen-treten und es auf dem natürlichen entwickelungs-gemäßen Wege überwinden. Daher verlangen wir vom Gesetzgeber nicht etwa Anti-Koalitions-gesetze, sondern die Abschaffung aller bestehenden, auf daß dem Trust nicht die richterliche, exekutive und militärische Maschinerie des Staates zur Verfügung stehe.

Im Anschluß hieran reichte Genosse Hayes das folgende Amendement ein, das von der Convention einstimmig und unter großem Applaus angenommen wurde:

„Und ferner richtet diese Convention an die Trade-Unionisten der Vereinigten Staaten und an die Arbeiter im Allgemeinen die Aufforderung, die Entwicklung der Trusts und Monopole aufmerksam zu studiren, mit der Absicht, dieselben in Nationaleigenthum zu verwandeln.“

Die übrigen gefaßten Beschlüsse sind nicht von besonderer Bedeutung und durch die amerikanische Tagespresse im Allgemeinen bekannt geworden. Zum ersten Male seit vielen Jahren wurde die Silberfrage mit keiner Silbe erwähnt — ein Beweis, daß sie für die organisirten Arbeiter abgethan ist. Hingegen erklärte sich die Convention entschieden gegen alle Eroberungskriege, einerlei, ob sie nun in Afrika oder auf den Philippinen geführt werden, und gegen die Vergrößerung der regulären Armee der Vereinigten Staaten über 25 000 Mann. Ebenso gegen den Fortbestand der Sklaverei in Hawaii.

Der Ver. Staaten-Kongreß soll aufgefordert werden, ein einheitliches Gesetz zum Schutz der Union-Labels zu erlassen; ebenso den Staats-gesetzgebungen einen Zusatz zur Konstitution zu unterbreiten, der den Frauen Stimmrecht gewährt. Auch erklärte sich die Federation für die Wahl des Präsidenten und Bundes-Senats durch direkte Volksabstimmung.

Die Vergewaltigung der Arbeiter in Idaho wurde in scharfen Worten verdammt, aber Genosse Hayes' Zusatz, Präsident McKinley und Gouverneur Steunenberg für die Schändlichkeiten der Bundesjoldaten daselbst verantwortlich zu machen, verworfen.

Die Boykottliste, die einen zu großen Umfang angenommen hat, soll einer gründlichen Revision unterworfen werden, indem sämtliche Boykotts, um deren Neuindossirung die A. F. of L. nicht ersucht wird, von der Liste gestrichen werden.

Ein von verschiedenen Fachpolitikern unterstützter Versuch der Kesselschmiede und Schiffsbauer, die Federation zur Annahme eines Beschlusses zu Gunsten von Subsidien für den amerikanischen Schiffbau zu bewegen, wurde prompt niedergestimmt.

Der Exekutiv-Council wurde ermächtigt, in Streikfällen von allen verbündeten Organisationen

nützung lassen den günstigsten Ausgang des Streiks erwarten. An Unterstützungen sind bisher nur pro Woche zwei Laib Brot und 40 Kreuzer pro Streikenden gewährt worden. Trotzdem sind bei der Masse der Ausstehenden enorme Summen erforderlich. Die österreichische Arbeiterschaft zeigt sich im höchsten Grade opferwillig, doch wird sie nicht im Stande sein, das absolut Nothwendige aufzubringen.

Deswegen wird auch hier das oft bewiesene Solidaritätsgefühl der deutschen Arbeiter sich zeigen und bewähren müssen. Zwar beginnt auch in Deutschland im mitteldeutschen Kohlenbecken

die Bewegung einzusetzen und haben die Arbeitseinstellungen im Zwickauer Revier bereits begonnen, so daß auch hier Hilfe nothwendig werden wird. Trotzdem dürfte aber auch der kurz geschilderten Verhältnisse in Oesterreich die deutsche Arbeiterschaft nicht zaudern, auch finanziell helfend einzugreifen.

Der Kassirer der Generalkommission ist beauftragt, Unterstützungsgelder zur Uebermittlung nach Oesterreich in Empfang zu nehmen.

Adresse: A. Röske, Bismarckstraße 10, 2.
Hamburg = Einsbüttel.

Die Convention der American Federation of Labor.

Ueber die regelmäßige Jahresversammlung des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes bringt die „Deutsch-Amerikanische Buchdrucker-Zeitung“ den folgenden Bericht:

Die 19. Jahres-Convention der American Federation of Labor, welche vergangenen Dezember in Detroit tagte, hat nichts von besonderer Bedeutung zu Tage gefördert, wohl aber giebt dieselbe Zeugniß von dem erfreulichen Wachsthum der Gewerkschaftsbewegung dieses Landes. 197 Delegaten, die 3310 Stimmen repräsentirten, waren anwesend, oder mit anderen Worten — da auf jedes Hundert zahlender Mitglieder eine Stimme kommt — mehr als dreimalhunderttausend gutstehende Gewerkschaftsmitglieder repräsentirte diese Convention. Dies ist eine stattliche Zahl, mit der sich gewiß Großes erreichen ließe, wenn — ja wenn die amerikanischen Arbeiter in politischer Beziehung so gut und klassenbewußt organisiert wären, wie sie es auf ökonomischem Felde sind.

Die größeren Gewerkvereine, soweit sich dies nach der von ihnen bezahlten Kopfsteuer an die A. F. of L. beurtheilen läßt, sind zur Zeit die Kohlenräber mit 40 000, die Buchdrucker mit 31 000, die Zigarrenmacher mit 27 000 und die Hauschreiner und Zimmerleute mit 20 000 Mann.

Nach dem Bericht des Sekretärs Morrison hat die Federation im letzten Jahre \$ 17 862 mehr eingenommen als im Vorjahre; \$ 5226 gingen ein durch das Zwei-Cents-Assessment, das die letzte Convention zur Deckung der durch Ausföndung der Organisatoren verursachten Kosten ausgeschrieben hatte. Die Kopfsteuer brachte im letzten Jahre \$ 21 407 ein, gegenüber \$ 12 705 des Vorjahres. Für Organisationszwecke wurden \$ 6373 ausgegeben. Die Mitgliedschaft der Federation hat sich um 144 282 vermehrt. 2264 Unions wurden während des Jahres organisiert und entweder direkt oder durch nationale oder internationale Unions mit der Federation verbunden. Die Ausgaben sind um \$ 11 400 gewachsen. Das Defizit des „Federationist“ ist im Wachsen begriffen und belief sich für das letzte Jahr auf \$ 900. Es kostete im Ganzen \$ 4000, das Journal herauszugeben. Die Gesamteinnahme wird mit \$ 40 000, die Gesamtausgabe mit \$ 30 600 angegeben. \$ 9000 verblieben in der Kasse.

Leider standen, wie schon vorher betont, die Verhandlungen der Federation noch lange nicht auf der Höhe der Zeit. Sie drehten sich hauptsächlich um Jurisdiktions-Streitigkeiten, während der brennendsten Frage der gegenwärtigen, der poli-

tischen Befreiung des arbeitenden Volkes, geringe Aufmerksamkeit geschenkt wurde. haben schon verschiedentlich betont, daß es nicht ausmacht, ob die Federation eine sozialistische Plattform annimmt oder nicht, denn mit der bloßen Annahme einer solchen Plattform wird noch einziges Mitglied der Federation zum Sozialisten gemacht. Die Hauptsache ist unseres Erachtens, daß die unbedingte Nothwendigkeit des politischen Klassenkampfes auf diesen Conventionen immer und immer wieder mit Nachdruck betont wird, sie den Arbeitern zur Ueberzeugung gebracht. In dieser Hinsicht ist aber auf der jüngsten Convention, soweit wir aus den Berichten darüber ersehen können, nur sehr wenig geschehen. Der einzige Delegat, der eine Lanze für den unabhangigen politischen Klassenkampf brach, war unser Kollege Max Hayes aus Cleveland, der tuch Redakteur des dortigen englischen Arbeiterblattes „Citizen“. Die von demselben diesbezüglich gereichte Resolution lautet:

„In Erwagung, daß die von unseren Gewerkschaftsbeamten unterbreiteten Berichte besagen, durch Petitionen und Gesuche an die verschiedenen Staatslegislaturen und die Bundesregierung erreicht wurde, da, wenn irgendwo ein sogenanntes Arbeitergesetz angenommen wird, es die Gerichte entweder für unkonstitutionell erklären, oder als todten Buchstaben, nicht ausführen lassen;

Beschlossen, daß die Federation den Zentralrofern und lokalen Arbeiterorganisationen in den Vereinigten Staaten empfiehlt, sich des Stimmentzels, ihres politischen Machtmittels, unabhängig von den politischen Parteien der Kapitalisten bedienen, wie es auch unsere Bruderorganisationen in Europa, Australien, Kanada und anderen zivilisirten Landern thun, gestützt auf ihr Klasseninteresse als Lohnarbeiter, und daß in Zukunft Mitglieder von Arbeiterorganisationen, welche auf den Plattformen der alten politischen Parteien deren Interessen befürworten, als Lockvogel für den Fang von Arbeiterstimmen für verdachlich gehalten und als Gegner der fortschrittlichen Arbeiterbewegung bezeichnet werden, und daß die Resolution allen zur Federation gehörigen Organisationen zur Abstimmung unterbreitet werden und daß, sollte die Abstimmung bejahend ausfallen, sofort im Sinne dieser Resolution vorgegangen werde.“

Das Comité, welches die Resolution erwog, hatte, schlug ein Substitut vor, nach welchem die Federation den Zentralrofern und lokalen Arbeiter-